

Maihold, Günther

Research Report

Kampfansage an Bandenkriminalität in Haiti: Der Neuansatz der Vereinten Nationen zur Kontrolle des Staatszerfalls

SWP-Aktuell, No. 23/2026

Provided in Cooperation with:

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), German Institute for International and Security Affairs, Berlin

Suggested Citation: Maihold, Günther (2026) : Kampfansage an Bandenkriminalität in Haiti: Der Neuansatz der Vereinten Nationen zur Kontrolle des Staatszerfalls, SWP-Aktuell, No. 23/2026, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin, <https://doi.org/10.18449/2026A23>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/341368>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

SWP-Aktuell

NR. 23 MAI 2026

Kampfansage an Bandenkriminalität in Haiti

Der Neuansatz der Vereinten Nationen zur Kontrolle des Staatszerfalls

Günther Maihold

Haiti leidet seit Jahrzehnten unter zahlreichen humanitären, politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Krisen, die einander überlagern und verheerende Folgen für die lokale Bevölkerung haben. Bisherige Stabilisierungsversuche waren kaum erfolgreich. Die 5.500 Mann starke sogenannte »Einheit zur Bekämpfung von Banden« (Gang Suppression Force, GSF) hat am 1. April 2026 die Nachfolge der von Kenia geführten Multinationalen Sicherheitsunterstützungsmission (MSS) angetreten. Es ist die zwölfte Friedens- und Stabilisierungsmission, die Haiti seit 1990 erlebt. Die GSF wird als VN-mandatierte Mission geführt und operiert vor allem mit zunächst 800 Militärkräften aus dem Tschad. Damit unternehmen die Vereinten Nationen einen gewagten Versuch, die Bekämpfung der organisierten Kriminalität zum zentralen Ansatzpunkt ihrer Missionen nach Kapitel VII der VN-Charta zu machen – und das in einer extrem komplexen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lage in Haiti.

Die VN haben wiederholt umfassendere oder multidimensionale Friedenssicherungseinsätze ins Leben gerufen, bei denen militärische und zivile Aktivitäten miteinander kombiniert wurden. Später wurde eine Polizeikomponente zur dritten Säule dieser weitreichenden Missionen. Dieser Ansatz begründete sich mit dem Bestreben, dem gleichzeitigen Auftreten einer dreifachen Herausforderung Rechnung zu tragen: dem weitgehenden Zusammenbruch staatlicher Autorität, dem Verlust von Handlungsfähigkeit zentraler Akteure und dem Schwund von Legitimität durch Einschränkungen von Demokratie und rechtsstaatlichen Verfahren. Gerade in Haiti wurden die Mög-

lichkeiten der bekannten VN-Instrumente als weitgehend ausgeschöpft betrachtet.

Die MSS war fast zwei Jahre lang in Haiti stationiert, erzielte jedoch angesichts der ausgeprägten Fragilität und Unsicherheit nur magere Ergebnisse im Kampf gegen die bewaffneten Banden, die die Hauptstadt Port-au-Prince praktisch vollständig beherrschen und sich ins Landesinnere ausgedehnt haben. Weit verbreitete Korruption unter den politischen und wirtschaftlichen Eliten sowie unter den Staatsbeamten in den Zoll-, Hafen- und Strafverfolgungsbehörden begünstigen den Transport von Waffen und Drogen und Geldwäsche-Operationen. Die Erlöse der Banden aus Erpressung, Entfüh-



rungen, Drogenhandel und Waffenverkäufen werden Berichten zufolge in Form großer Mengen an Bargeld mit Hilfe unregulierter Geldtransferdienste oder über Scheinfirmen verschoben. Jenseits dieses kriminellen Feldes haben sich die Gangs als Söldner zum Schutz und zur Durchsetzung partikularer Interessen von Politikern und Staatsbeamten verdingt. Sie agieren als mafiöse bewaffnete Gruppen im Dienste privater Auftraggeber und haben sich nebenbei als lokale Koordinatoren internationaler krimineller Netzwerke etabliert. Aufgrund dieser Verschränkung von Interessen staatlicher Eliten mit denen krimineller Gruppen erfordert die Lage in Haiti grundlegende Reformen der Institutionen, die Teil der kriminellen Verstrickung sind. Ziel muss es sein, die wirtschaftlichen und politischen Drahtzieher und die wichtigsten Anführer der Banden zu verfolgen und so deren Zerschlagung anzugehen. Doch genau an dieser Bereitschaft und Fähigkeit fehlt es bislang bei der politischen Elite in Haiti. Der internationalen Gemeinschaft sind damit Grenzen bei ihrem Bemühen gesetzt, entscheidend in die nationale Realität einzugreifen. Die Politisierung der organisierten Kriminalität, die sich mit politischen Ansprüchen der kriminellen Akteure ergeben hat, und das damit einhergehende Changieren der Beziehungen der Gangs mit der politischen Elite des Landes zwischen Verknüpfung und Konkurrenz erschweren zudem den Zugriff auf die Banden.

Kriminelle Governance ersetzt Staatsautorität

In seinem letzten Vierteljahresbericht an den VN-Sicherheitsrat über die Lage in Haiti hat das United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC) festgestellt, dass die im Lande vorherrschenden kriminellen Netzwerke in eine neue Entwicklungsphase eingetreten sind: Von räuberischen Bandenaktivitäten sind sie zu stärker strukturierten Formen der territorialen Kontrolle und der Einbindung in transnationale illegale Märkte übergegangen. Indem sich die bis-

lang autonomen Bewaffneten zu einem Verbund zusammengeschlossen haben, ist es ihnen gelungen, die Kontrolle über wesentliche Teile des Staatsgebiets zu gewinnen. Auch haben sie ihre illegalen Aktivitäten weiter diversifiziert. Neben Waffen- und Drogenhandel gehören nun auch der Kraftstoffschmuggel, die Ausbeutung von Migranten oder auch Erpressung zu ihrem kriminellen Portfolio. Die bewaffneten Banden, deren territorialer Einflussbereich mit wachsendem politischem Einfluss verbunden ist, sind zu einer veritablen Herausforderung für staatliche Autoritäten herangewachsen. Während sie vor einer Dekade noch als zersplitterte Nachbarschaftsbürgerwehren agierten, haben sie sich mittlerweile zu einer großen kriminellen Allianz zusammengeschlossen, die in zentralen Regionen den Staat ersetzt. Sie haben ihre Vorherrschaft über legale und illegale Lieferketten gefestigt und sich gleichzeitig immer ausgefeiltere Waffen militärischer Art beschafft, die denen der haitianischen Nationalpolizei überlegen sind und ihnen besser koordinierte, groß angelegte Operationen ermöglichen.

Seit Anfang 2024 hat sich eine Koalition namens »Viv Ansanm« aus den bis dahin dominanten Gang-Föderationen »G9-Familie und Verbündete« sowie »G-Pèp« gebildet, in die nach und nach die Anführer und Einheiten aus beiden Allianzen integriert worden sind. Die Angriffe von »Viv Ansanm« auf Polizeistationen, Gefängnisse, Steuerämter und den internationalen Flughafen sind Ausdruck des wachsenden Gewichts dieser Bandenallianz in der komplexen Sicherheitslage des Landes. Mit illegalen Kontrollpunkten und der Erhebung von Straßenzöllen von Transportunternehmen, aber auch mit der Erpressung von Schutzgeldern von Handelsfirmen und Hilfsorganisationen setzen sie nach und nach ihre Strategie um, das Straßennetz, die Häfen, die Treibstoffdepots und die an der Grenze zum Nachbarland Dominikanische Republik gelegenen Gemeinden unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der Anführer der Koalition »Viv Ansanm«, Jimmy Chérizier alias »Barbecue«,

hat wiederholt deutlich gemacht, dass seine Organisation beabsichtige, als politische Kraft tätig zu werden, die den Anspruch hat, die Zukunft des Landes mitzugestalten. Im Jahr 2022 hatte der Gangleader bereits seinen eigenen »Friedensplan« vorgelegt, in dem er vorschlug, den Mitgliedern seiner Bande Amnestie zu gewähren und einen »Rat der Weisen« mit Vertretern aus den zehn Regionen Haitis einzuberufen. Schon damals beanspruchte er, seiner Bande Posten im Kabinett zuzuweisen. Seitdem hat er den Druck immer weiter erhöht und versucht, sich als »Revolutionär« zu präsentieren. Viv Ansanm hat sich in der Folge bemüht, die regierungsfeindliche Stimmung für sich zu nutzen und ihr gewaltsames Unwesen als Kampf zwischen »den Menschen von unten« gegen »die Menschen von oben« zu stilisieren und mit nationalistischen Narrativen zu verbrämen.

Dem hat die haitianische Nationalpolizei angesichts chronischer Überlastung wenig entgegenzusetzen. Ihr Personalbestand, der im Jahr 2023 mit 15.498 Beamten angegeben wurde, wird heute auf 9.000 Kräfte geschätzt (bei einer Bevölkerung von mehr als 11 Millionen). Die staatlichen Polizeikräfte sehen sich einem Gegner gegenüber, der besser bewaffnet und territorial fest verankert ist und operativ koordiniert agiert.

Kein stabiler politischer Rahmen – ein »Phantom-Staat«

Bislang haben die Anstrengungen der politischen Akteure Haitis, das Land aus eigener Kraft friedlich zu entwickeln, nicht zum Erfolg geführt. Angesichts der Konvergenz von politischen und kriminellen Interessen und der Unfähigkeit staatlicher Institutionen, territoriale Kontrolle auszuüben und die Sicherheitslage entscheidend zu beeinflussen, ist Haiti als »Phantom-Staat« bezeichnet worden, der nurmehr eine fragmentierte Autorität im Land aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen vermag. Nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Juli 2021 durch kolumbianische Söldner ist die Präsenz von Gewaltoligopolen und

kriminellen Komplexen erkennbar geworden, die die politischen Prozesse im Lande dominieren. Internationale Bemühungen, insbesondere der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM), das Machtvakuum nach dem Mord durch ein gemeinsames Handeln zu schließen, waren nur begrenzt erfolgreich. Seitens der haitianischen Gesellschaft wurde eine nationale Lösung bevorzugt. Allerdings wird das politische Leben Haitis von einer Vielzahl zerstrittener Parteien und Gruppierungen dominiert, denen kaum politische Repräsentativität zukommt. Mit der »Bürgerkonferenz für eine haitianische Lösung der Krise« haben mehr als 500 Organisationen sowie 85 Parteien und politische Gruppierungen den Versuch unternommen, eine Übereinkunft über eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft des Landes zu treffen. Das als »Accord de Montana« bekannt gewordene Abkommen wurde jedoch nicht umgesetzt. Interimspräsident Ariel Henry (2021 – 2024) widersetzte sich dem Bestreben, die nötigen Bedingungen für Neuwahlen zu schaffen. Er setzte stattdessen auf die neue, im Oktober 2023 von den VN mandatierte Militärmission MSS. Nach einer Auslandsreise nach Kenia im Kontext der Aufstellung der Missionseinheiten konnte er aufgrund von Drohungen durch die Banden nicht mehr in sein Land zurückkehren. Henry musste nach Puerto Rico ausweichen und erklärte dann seinen Rücktritt zugunsten eines Übergangsrats (Conseil présidentiel de transition, CPT), der die Geschicke des Landes formell übernahm.

Für viele Beobachter haben jedoch die kriminellen Gangs die Herrschaft übernommen. Dem Übergangsrat gelang es nicht, in den folgenden zwei Jahren die grassierende Bandengewalt einzudämmen und den Karibikstaat in eine bessere Zukunft zu führen. Er löste sich im Februar 2026 auf. Premierminister Alix Didier Fils-Aimé ist nun der einzige Politiker des Landes mit Exekutivgewalt. Er wird von den USA unterstützt; das US-Außenministerium hat zudem Sanktionen gegen zwei Mitglieder des CPT und einen Minister verhängt. Es wirft ihnen vor, Banden zu unterstützen.

Da das Land seit 2016 keine gewählten Autoritäten mehr besitzt, sollen eigentlich im August 2026 Wahlen stattfinden. Allerdings ist angesichts der Sicherheitslage auch dieses Datum unrealistisch geworden, so dass weiterhin nur provisorische Bevollmächtigte fungieren. Das Fehlen demokratisch legitimer Funktionsträger macht auch das Engagement der internationalen Akteure kompliziert. Es gibt keine nationale Instanz, die das Land noch legitim nach außen vertreten kann. Damit kommt den Vereinten Nationen eine zentrale Rolle zu.

Mit dem Integrierten Büro der Vereinten Nationen in Haiti (BINUH) gibt es eine politische Mission der VN in Port-au-Prince, die allerdings nur sehr schwach aufgestellt ist. Das Büro hat im Jahr 2025 5.915 direkte Opfer von Bandengewalt dokumentiert, hinzu kommen 1,4 Millionen intern Vertriebene. Allein auf die Hauptstadt Port-au-Prince entfielen 78 Prozent der Tötungen und Verletzungen, doch Akte der Gewalt und vor allem Entführungen mit Lösegeld-erpressung haben sich auch auf andere Gebiete ausgebreitet. Damit wächst das Risiko für eine Tätigkeit internationaler Sicherheitskräfte, die wenig Unterstützung von der fragmentierten und teilweise von kriminellen Gruppen unterwanderten staatlichen Polizei zu erwarten haben.

Das Versagen der nationalen Polizei

Die Sicherheitslage ist der Polizei entglitten, sowohl bezogen auf den blühenden Waffenhandel als auch auf das expandierende Drogengeschäft. Viele Einwohner versuchen in das Nachbarland zu gelangen, doch die Dominikanische Republik ist nicht bereit, Flüchtlinge aufzunehmen, und hat die Grenzkontrollen verschärft. Mit dem Verfall einer effektiven Regierungsführung weitet sich die humanitäre Krise des Landes aus. Der Zugang zu Lebensmitteln und Medikamenten wird immer schwieriger.

Angesichts dieser Umstände ist eine internationale Polizeimission wie die jetzt installierte Gang Suppression Force nicht

mehr hinreichend; sie kann auch kaum erfolgreich sein, wenn es nicht gleichzeitig gelingt, die politischen Kräfte des Landes zusammenzuführen. In Haiti ist seit Jahren politische Instabilität zur Regel geworden. Der bis Februar 2026 amtierende Präsidialrat für den Übergang (CPT) hatte mit Blick auf die angestrebten Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen zwei Voraussetzungen für die Einhaltung des Wahlkalenders benannt: ein akzeptables Sicherheitsklima und die Verfügbarkeit finanzieller Mittel. Doch ist die Erfüllung beider Bedingungen nicht in Sicht, allein für die Absicherung und Durchführung der Wahlen hatte der provisorische Wahlrat völlig überhöhte Kosten von 250 Millionen US-Dollar angesetzt, eine Summe, die vom Premierminister und zivilgesellschaftlichen Akteuren unmittelbar als zu hoch abgelehnt wurde. Haiti hielt seine letzten Wahlen zwischen 2015 und 2016 ab, während einer Übergangsphase, die mit der Wahl von Jovenel Moïse endete. Dieser trat am 7. Februar 2017 sein Amt an und wurde am 7. Juli 2021 von einem Kommando ermordet.

Die Attacken der kriminellen Banden, aber auch die Maßnahmen der nationalen und internationalen Sicherheitsorgane und die Akte von Lynchjustiz von Selbstverteidigungsgruppen haben die Zahl der Toten im Lande erhöht. Seit März 2025 ist auch ein privates Militärunternehmen, das »von der haitianischen Regierung beauftragt wurde«, an Operationen beteiligt, bei denen Drohnen und Hubschrauber zum Einsatz kommen. Die Lage der Bevölkerung zwischen den Fronten wird dadurch immer schwieriger. Gangmitglieder zerstören und plündern Eigentum und drangsalieren die Bevölkerung, indem sie sie an der Beschaffung von Lebensmitteln hindern und Schutzgelder erpressen. Sie schränken den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung ein, indem sie entsprechende Einrichtungen zerstören und Straßensperren errichten. Eine Änderung der Lage ist nicht absehbar, da es bislang nicht gelungen ist, das Waffenembargo des VN-Sicherheitsrats umzusetzen, um den illegalen Handel mit Schusswaffen und Munition aus den USA

nach Haiti zu stoppen, durch den die Bandenkriminalität weiter angeheizt wird.

Die magere Bilanz der VN-Missionen

Nach langen Diskussionen hatte der Welt-sicherheitsrat im Oktober 2023 die Entsendung einer internationalen Polizeimission (Multinational Security Support Mission, MSS Mission) beschlossen, die zwölf Monate lang die haitianische Nationalpolizei operativ und mit Ausbildungsmaßnahmen unterstützen sowie kritische Infrastrukturen schützen sollte. Es handelt sich dabei um eine nicht von den Vereinten Nationen geleitete multinationale Truppe, die durch freiwillige Beiträge finanziert wurde. Damit hatten sich die Mitglieder des Sicherheitsrats auf eine Minimallösung verständigt, die der komplexen Lage im Lande jedoch nicht gerecht wurde. Selbst diese reduzierte Mission kam nur schwer in Gang, sie fand keine handlungsfähigen nationalen Instanzen mehr vor, mit der sie Vereinbarungen hätte treffen können. Kenia, das den Großteil des Truppenkontingents stellte, wollte 1.000 Kräfte entsenden, karibische Nachbarn Haitis wie die Bahamas, Belize, El Salvador, Guatemala und Jamaika erklärten sich bereit, mit weiteren 1.500 Polizeikräften beizutragen. Die Ankündigungen wurden jedoch nie in diesem Umfang wahrgemacht. Letztlich wurden nur rund 1.000 kenianische und karibische Polizei- und Militärangehörige vor Ort aktiv, also 1.500 weniger als vorgesehen. Hinzu kam, dass das Verfassungsgericht Kenias den Einsatz wegen rechtlicher Bedenken zunächst blockierte und die finanziellen Mittel für den Start der Mission, die sich aus freiwilligen Beiträgen der VN-Mitgliedstaaten speisen sollten, nicht bereitgestellt wurden, eine Situation, die sich auch nach der Verlängerung der Mission um ein weiteres Jahr bis Oktober 2025 noch verschärfte.

Der MSS fehlte ein formeller völkerrechtlicher Status, was ihre Möglichkeiten einschränkte, Mittel direkt zu verwalten oder logistische Operationen durchzuführen.

Laut VN-Generalsekretär António Guterres beliefen sich die Zuflüsse in den Treuhandfonds auf 110,8 Millionen US-Dollar, von denen 48 Millionen US-Dollar noch nicht zugewiesen wurden; es wurde jedoch ein weitaus höherer Betrag benötigt. Wegen der reduzierten Personalstärke, die die Zielmarke von 2.500 Mitarbeitern weit unterschritt, blieb die operative Kapazität deutlich unter dem für eine wirksame Stabilisierung erforderlichen Mindestniveau zurück. Als Lehre aus dem MSS-Einsatz sollten internationale und regionale Partner der nun ins Leben gerufenen Gang Suppression Force (GSF) dringend ausreichend Personal und Ressourcen zur Verfügung stellen.

Doch auch frühere Friedens- oder Stabilisierungseinsätze unter VN-Mandat, wie sie Haiti schon von 2004 – 2017 mit der MINUSTAH-Mission (Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti) erlebt hat, haben nicht den gewünschten Erfolg erbracht, möglicherweise auch, weil sie zusätzlich zu ihrem Auftrag mit der Bewältigung von Naturkatastrophen wie dem schweren Erdbeben im Jahr 2010 und dem Wirbelsturm Matthew im Jahr 2016 belastet waren. Auch die davor aktive Mission UNMIH (United Nations Mission in Haiti, 1993 – 1996) verfehlte ihr Ziel, Sicherheit zu gewährleisten, die Institutionen zu stärken und einen demokratischen politischen Prozess anzubahnen. Das Image der VN in Haiti ist nicht zuletzt aufgrund der Cholera-Epidemie, die Blauhelme der MINUSTAH-Operation ausgelöst haben, und der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung weitgehend negativ. Daher gibt es unter den Haitianern viele Stimmen, die sich gegen eine weitere Mission wenden und eine solche als »internationale Einmischung« im Lande wahrnehmen.

Die neue robuste GSF-Mission

Ein Ausweg aus der verfahrenen Lage des Landes ist indes nur mittels eines anhaltenden finanziellen und politischen Engagements der gesamten internationalen Gemeinschaft denkbar, die sich jedoch immer

weniger dazu bereitfindet. Trotz aller welt-politischer Widrigkeiten gelang es auf Initiative Panamas und der USA im September 2025, die MSS in die GSF überzuleiten und mit einem VN-Mandat auszustatten. Die Mission soll durch freiwillige Beiträge von VN-Mitgliedern finanziert und hauptsächlich von Polizei- und Militärkräften des Tschad getragen werden. Bei Stimmenthaltung Chinas, Russlands und Pakistans fasste der VN-Sicherheitsrat den Beschluss zu einer im Vergleich zur MSS deutlich robuster angelegten Mission in Haiti. China, das sich bereits 2023 skeptisch gegenüber der Einrichtung der MSS gezeigt hatte, weil es gleichzeitige Maßnahmen zur Stützung der politischen Transition in Haiti vermisste, äußerte hingegen deutlich seine Zweifel an der neuen Mission. »Es ist unwahrscheinlich, dass der Einsatz militärischer Gewalt, um Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen, zum jetzigen Zeitpunkt zum Erfolg führt; dies könnte die ohnehin schon unlösbare Situation sogar noch verschärfen«, betonte der chinesische VN-Botschafter Fu Cong. Er kritisierte zudem, dass die neue Mission »überstürzt« vorbereitet worden sei, ohne »aus der Vergangenheit zu lernen« oder zunächst wichtige »unklare Sachverhalte« hinsichtlich der Zusammensetzung der Truppe oder der Einsatzregeln zu klären.

Von den 1.500 tschadischen Polizisten, die an der Mission teilnehmen werden, sind 350 bereits abgestellt worden. Weitere 17 Länder haben die Entsendung von Polizeikräften zugesagt, um die Zielgröße von 5.500 Einsatzkräften zu erreichen. Es handelt sich jedoch nicht um eine klassische Friedensmission von Blauhelmen. Die GSF ist eher als offensive Eingreiftruppe mit einem robusten Mandat angelegt. Das eingesetzte Polizei- und Militärpersonal wird jeweils unter der eigenen Nationalflagge operieren. Die Truppe ist vom Sicherheitsrat ermächtigt, »alle erforderlichen Maßnahmen« zu ergreifen, um die offensiv agierenden Banden unschädlich zu machen, zu isolieren und abzuschrecken. Sie hat den Auftrag, gezielte, auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen basierende Operationen durchzuführen, um bewaffnete Banden

zu zerschlagen und die Kontrolle über kritische Infrastrukturen zurückzugewinnen. Ein Unterstützungsbüro der Vereinten Nationen in Haiti (UNSOH), das unter Leitung der deutschen VN-Beamtin Daniela Krosiak noch in Port-au-Prince eingerichtet werden muss, wird der GSF operativ und logistisch zur Seite stehen. UNSOH wird zum Beispiel Treibstoff, Wasser, Unterkünfte, Infrastruktur, medizinische Versorgung und Transportkapazitäten bereitstellen – ein Support, auf den die MSS nicht bauen konnte. Im Gegensatz zur MSS, die sich im Wesentlichen aus Polizisten zusammensetzte und die Aufgabe hatte, die haitianische Polizei PNH zu unterstützen, wird die GSF weitgehend militarisiert und befugt sein, unabhängig vom Kommando der PNH zu operieren, womit sie über deutlich größere Handlungsfreiheit verfügt.

Die Polizei- und Militärkräfte aus dem Tschad, die das größte Kontingent der Mission stellen werden, sind zwar in der Aufstandsbekämpfung in Wüstenregionen erprobt – unter anderem im Kampf gegen Boko Haram im Tschadsee-Gebiet sowie in Nord-Mali, also in ländlichen ariden oder semi-ariden Regionen; aber weder die tschadischen Militärs noch die Gendarmen haben bisher Erfahrungen mit Bandenbekämpfung in Städten. Insofern ist davon auszugehen, dass sie in Haiti in einem für sie völlig ungewohnten Kontext agieren werden, auch wenn sie vorher noch ein gewisses Training durch US-Einheiten bekommen sollten. Hier könnte sich eine Überforderung der Einsatzkräfte abzeichnen, die für das gesamte VN-Engagement in Haiti negative Folgen haben könnte. Der Aufwuchs der Missionsstärke durch 1.500 Soldaten aus Bangladesch, 750 aus Sri Lanka sowie durch kleinere Kontingente von 250 Soldaten aus Sierra Leone, 750 aus Burundi, 200 aus Gambia, 60 aus Burkina Faso und 50 aus Belize wird entscheidend dafür sein, dass eine hinreichende territoriale Präsenz erreicht wird.

Die Truppe wird dabei mit den Defiziten des »Phantom-Staats« Haiti, insbesondere im Bereich der Strafverfolgung, konfrontiert werden. Notwendig sind zudem klare

Einsatzregeln, um zu vermeiden, dass die GSF hohe Zahlen ziviler Opfer verursacht und der latent vorhandene Widerstand der Bevölkerung gegen externe Sicherheitskräfte erneut anwächst. Die GSF muss wirksamen Menschenrechtsschutz gewährleisten und Überwachungs- und Rechenschaftsmechanismen einführen und einhalten. Internationale und regionale Partner sollten der GSF dringend ausreichend Personal und Ressourcen zur Verfügung stellen und auch weitere Akteure koordinieren.

Das gilt auch für die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), die in Ergänzung zur GSF-Mission eine neue Version ihrer »Haiti Roadmap« vorgelegt hat. Diesen umfassenden Plan zur Wiederherstellung der Stabilität in Haiti und für Weichenstellungen auf dem Weg zur Entwicklung und zu Wohlstand im Land will sie durch Konsultationen mit den betroffenen Gemeinden und der haitianischen Zivilgesellschaft voranbringen. Allerdings bedarf auch die Implementierung der OAS-Roadmap freiwilliger finanzieller Beiträge, insbesondere für die Umsetzung jener angedachten Maßnahmen, die der Förderung eines friedlichen zivilen Zusammenlebens dienen. Ob es der OAS allerdings gelingen kann, die GSF in einen von haitianischen Autoritäten gelenkten politischen Prozess einzubetten, muss fraglich bleiben. Die fünf gewählten Agendaschwerpunkte Stabilisierung der Sicherheitslage, Herstellung eines politischen Konsenses, Herstellung von Legitimität durch Wahlen, humanitäre Hilfe und Nachhaltige Entwicklung sind so anspruchsvoll formuliert, dass angesichts der diffusen politischen Lage Zweifel angebracht sind, ob sie effektiv umgesetzt werden können.

Die zentrale Herausforderung: Bekämpfung politisierter organisierter Kriminalität

Die besondere Schwierigkeit der aktuellen Situation in Haiti liegt in der Überlagerung und Vermischung von diffuser politischer Macht und krimineller Gewalt. Drei Faktoren sind dadurch wirksam geworden, die

für eine Bekämpfung der Bandenkriminalität in Haiti von zentraler Bedeutung sind:

1. Die Politisierung der kriminellen Banden, die sich durch langjährige Verbindungen mit den Eliten ergeben hat. Befördert worden ist dieser Prozess durch das Machtvakuum und die Zersplitterung der Führung nach der Ermordung von Präsident Jovenel Moïse im Jahr 2021. Polizei, Politiker und andere Repräsentanten der Eliten suchten die Nähe der Banden, um ihre Autorität durchzusetzen, versorgten sie mit Geld und Waffen und gewährten Straffreiheit. Inzwischen sind die Banden zu autonomen politischen Akteuren aufgestiegen und beanspruchen Eigenrechte bei der Interessenvertretung.

2. Die territoriale Kontrolle, die von den Gangs ausgeübt wird, hat sich in den vergangenen Jahren massiv erweitert. Ihre Gebietsherrschaft auf Kosten staatlicher Instanzen hat die Banden in weiten Teilen des Landes zu De-facto-Autoritäten werden lassen, zuweilen nehmen sie den Charakter krimineller bewaffneter Milizen an. Damit setzen sie ihre eigene Form der kriminellen Governance durch. Sie regeln das tägliche Leben und haben eine weitgehende Kontrolle über wichtige Ressourcen und Transportwege übernommen, was ihre Autonomie und wirtschaftliche Macht gestärkt hat. Durch Erpressung, Entführungen, Drogen- und Waffenhandel sind sie in der Lage, die Grundlagen der kriminellen Ökonomie, auf die sie sich stützen, sicherzustellen und dauernd zu erneuern. Gerade die USA sehen das Land als wichtiges Durchgangsland für die Drogenökonomie, die sie im karibischen Raum derzeit durch massive militärische Präsenz einzudämmen versuchen.

3. Die Zentralisierung ihrer Organisationsstruktur durch den Zusammenschluss zu Viv Ansanm (mit einer geschätzten Personalstärke von insgesamt zwischen 12.000 und 20.000 Mitgliedern, von denen 3.000 schwer bewaffnet sind) hat die Banden zu einer einheitlicheren und strategisch effektiveren Kraft gemacht und ihren Einfluss vergrößert. Interne Streitigkeiten der über 100 Einheiten scheinen beigelegt zu sein. Sie agieren als eine gemeinsame Front, wodurch sie



Dieses Werk ist lizenziert unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser Publikation sind Verweise auf SWP-Schriften und wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern einem Begutachtungsverfahren, einem Faktencheck und einem Lektorat unterzogen. Weitere Informationen zur Qualitätssicherung der SWP finden Sie auf der SWP-Website unter <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/>

SWP

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A23

ihre militärische Schlagkraft potenzieren und ihre territoriale Kontrolle, die zunächst auf die Hauptstadt Port-au-Prince beschränkt war, erheblich ausweiten konnten.

Aufgrund dieser komplexen Situation ist unklar, ob die Auseinandersetzungen mit den politisierten kriminellen Banden als bewaffnete Konflikte anzusehen und welche Mittel zur Bekämpfung der kriminellen Organisationen angemessen sind (militärisch, wie bei Aufständischen, oder polizeilich, wie bei allen anderen Straftaten) und ob es rechtlich möglich oder auch politisch angezeigt ist, mit solchen Akteuren transnationaler organisierter Kriminalität zu verhandeln. Mit der Einrichtung der GSF hat der Sicherheitsrat sich klar für ein robustes Handeln entschieden, eine langfristige Zusammenarbeit zum Aufbau staatlicher Strukturen ist gegenwärtig nicht in Sicht; dies bedeutet auch, dass die Verknüpfungen zwischen politischer Macht und krimineller Gewalt von der GSF zerschlagen werden müssen, wenn die Mission nicht nur an der Oberfläche tätig sein will, indem sie sich auf die Verfolgung einzelner gewalttätiger Übergriffe fokussiert. Damit ist absehbar, dass die Mission mit den politischen Eliten des Landes in Konflikt geraten wird, die ihre Ansprüche durch (informelle) Vereinbarungen mit den Banden durchzusetzen versuchen. Bereits im Juli 2024 hatten die Bandenführer der haitianischen Regierung eine Übereinkunft vorgeschlagen, in der die Einberufung eines Friedensgesprächs mit ihnen in Erwägung gezogen wurde, um der im Land herrschenden Anarchie Einhalt zu gebieten. Jenseits der kontinuierlich stattfindenden informellen Verhandlungen mit Banden, die vor allem darauf gerichtet sind, Zugang zu Menschen zu erhalten, die humanitäre Hilfe benötigen, oder Geschäfte zu ermöglichen, lehnen viele Haitianer einen formellen Dialog mit diesen Gewaltakteuren ab, zumal solange der haitianische (Phantom-)Staat diesen nur aus einer Position der Schwäche heraus führen kann. Zudem verschieben sich die politischen Gewichte fortwährend in Abhängigkeit von der nationalen politischen Konjunktur:

Hatten haitianische Eliten lange Zeit die Banden bewaffnet und finanziert und diese für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert, so treten diese zunehmend als eigenständige politische Akteure auf, was jedoch nicht ausschließt, dass sich je nach Interessenlage wieder kurzfristige Allianzen bilden, an denen die GSF scheitern könnte.

Für einen Erfolg der GSF wird das effektive Ineinandergreifen der verschiedenen Komponenten des Einsatzes entscheidend sein: die politische Einbettung in die Roadmap der OAS, die Unterstützung durch die UNSOH und die Leistungsfähigkeit der gestellten Truppen. Operative Fähigkeiten und hinreichende militärische und finanzielle Ressourcen müssen zusammengeführt werden, um die herausfordernde Aufgabe meistern zu können. Die finanzielle Ausstattung des Treuhandfonds der VN für die MSS- und GSF-Missionen in Haiti ist mit gegenwärtig (5. Mai 2026) eingegangenen 174,1 Millionen US-Dollar zu 48,93 Prozent von Kanada, 26,23 Prozent von Deutschland, 8,62 Prozent von den USA und 6,94 Prozent von Frankreich geleistet worden. Weitere Beiträge sind zugesagt und müssen noch bereitgestellt werden, um die Mission so stark und durchsetzungsfähig zu machen, dass sie in der Lage ist, auch den Waffenhandel zu unterbinden und die humanitäre Lage im Land zu verbessern. Die Volatilität der Lage im Lande bleibt dabei eine schwer zu kontrollierende Kontextbedingung, die eine erfolgreiche Tätigkeit der GSF an der schwierigen Schnittstelle von humanitärer Hilfe, Verbesserung der sozialen und Sicherheitslage und Friedensförderung massiv beeinträchtigen kann.

Die Zurückhaltung der führenden Mitglieder der internationalen Gemeinschaft im Hinblick auf die Bereitschaft, selbst in Haiti aktiv zu werden, steht dabei im Gegensatz zu der im Kontext der GSF-Mission geäußerten Auffassung, es handele sich dabei um die »letzte Chance«, um das Land zu retten. Umso wichtiger ist es deshalb, den Einsatz der GSF nun tragfähig auszugestalten.

Prof. Dr. Günther Maihold ist Non-Resident Senior Fellow der SWP.